

Braucht die Schweiz eine Sektenpolitik?

Autor(en): **Caspar, Reta**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **84 (1999)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-414283>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

765

frei denker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Braucht die Schweiz eine Sektenpolitik?

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats hat den Bundesrat aufgefordert, eine Sektenpolitik zu formulieren, eine gesamtschweizerische und konfessionell unabhängige Informations- und Beratungsstelle einzurichten und mit Informationskampagnen über die vereinnahmenden Tendenzen solcher Gruppierungen aufzuklären. Der Staat soll also Aufgaben übernehmen, die bisher vor allem die Landeskirchen erfüllt haben: Er soll unterscheiden was eine "Kirche" und was eine "Sekte" ist, wobei gemäss GPK offenbar nur "Sekten" vereinnahmende Tendenzen aufweisen.

Der Begriff "Sekte" bedeutet aber immer eine Diffamierung von religiösen Bewegungen durch die herrschende Ideologie, in unserem Falle der staatliche anerkannten Kirchen. Ein wirklich demokratischer Staat müsste seinen Bürgern Informations- und Beratungsstelle für etwelche vereinnahmenden Bewegungen einrichten, dazu gehören letztlich auch politische Parteien, medizinische Dienstleistungen etc. Wir kennen die Problematik der Abgrenzungen gerade auch aus letzterem Bereich, wo immer noch (kantonal unterschiedlich) sogenannte "Quacksalber" (diffamierender Ausdruck der etablierten Medizin für ein breites Spektrum von Naturheilverfahren) über Jahrhunderte ausgegrenzt und kriminalisiert wurden. Gleiches geschah mit den Hebammen.

Es mutet mittelalterlich an, wenn der Staat hier zur Informationskampagne (Hexenjagd) gegen weniger genehme Ideologien blasen soll. Solange keine Trennung von Staat und Kirche besteht, macht er sich damit vor allem zum Anwalt der durch Mitgliederschwund arg geplagten Landeskirchen (über deren vereinnahmende Tendenzen insbesondere katholisch erzogene Menschen Einiges zu erzählen wissen).

In einer Zeit, wo allenthalben über eine regelrechte Informationsflut geklagt wird, dürfte auch eine weitere Informationsstelle wenig Nutzen bringen. Interessanter wäre ein Forschungsprojekt, das feststellt, ob dieser Trend zu religiösen Splittergruppen am Ende des 2. Jahrtausends tatsächlich ausgeprägt ist (oder ob dies nur durch die Informationsinflation so erscheint), welche religiöse Vorstellungen jene Men-

schen haben, die sich von den Landeskirchen abwenden, wie das offensichtliche Bedürfnis nach Religiösem weniger destruktiv befriedigt werden könnte, etc.

Wenn der Staat sich aber für "Sekten" interessiert, macht er sich verdächtig, der Ideologie der staatlich anerkannten Landeskirchen den Rücken zu stärken. International ist Sektenpolitik derzeit im Kurs: Auch Nachbarstaaten und das europäische Parlament haben ihre Sektenpolitik formuliert und teilweise Kampagnen lanciert. In den letzten Wochen war ausserdem in allen Tageszeitungen vom ideologischen Machtkampf der chinesischen Regierung gegen die Falun Gong Bewegung zu lesen, eine 1992 entstandene und ausserordentlich schnell angewachsene Bewegung, die althergebrachtes Qigong (meditative Gymnastikübungen) mit taoistischen und buddhistischen Kernsätzen vermischt. Ihr "Meister" lebt seit 1995 im amerikanischen Exil, was es heute der chinesischen Regierung ermöglicht, die Bewegung als von aussen gesteuert, staatszersetzend etc. zu diffamieren und mit dem gesamten Arsenal des real zerstörenden Sozialismus auf die Bewegung einzudreschen. Dass hier Ohnmacht regiert, ist offensichtlich: Die abdankende Staatideologie hinterlässt in den totalitär erzogenen Menschen ein Vakuum, das Gesundheitswesen liegt darnieder... ein idealer Boden für neue Heilslehren und ihre Gurus!

Jede totalitäre Erziehung macht Menschen für andere totalitären Einflüsse empfänglich. Wenn BürgerInnen sich der Verantwortung für ihr eigenes Leben (mit Hinweis auf ein nächstes oder jenseitiges) oder das der Gemeinschaft entziehen (mit Hinweis auf das Schicksal oder einen Guru), dann ist die Grundlage der demokratischen Gesellschaft in Gefahr und Handeln dringend nötig – aber wohl kaum in Form einer Sektenpolitik sondern z.B. in der Bildungspolitik!

Reta Caspar

SEPTEMBER - THEMEN	
Braucht die Schweiz eine Sektenpolitik?	1
Gora, Gründer des Atheist Center	2-3
Nachruf auf die Finsternis	4
Schweizer Freidenkertreffen 1999	7